

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte FPÖ - Gemeinderäte
Mag. Günter Kasal, Stefan Berger, Michael Niegl und Elisabeth Schmidt betreffend
„effiziente thermisch-energetische Standards in Wiens gefördertem Wohnbau statt
einer weiteren Aushöhlung des SMART-Wohnungs-Programmes“, eingebracht in der
Spezialdebatte „Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen“ im Rahmen der
Debatte zum Rechnungsabschluss 2018 zu Post 4

Wiens geförderter Wohnbau leistet einen großen Beitrag zum Klimaschutz. Die rot-grüne Stadtregierung ordnet dieser Zielsetzung allerdings den Kernauftrag des geförderten Wohnbaus unter. Dieser liegt in der Schaffung leistbaren Wohnraumes. Mit der Wohnbauförderung werden Auflagen verbunden, die Bau- wie Betriebskosten im Vergleich zu freifinanzierten Objekten wesentlich erhöhen. Gleichzeitig belegt etwa eine großangelegte empirische Studie mit dem Titel "Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit" des 'Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen - Revisionsverband', dass das Niedrigenergiestandard gegenwärtig das funktionale Optimum darstellen würde. Hier befände sich die Waage zwischen Leistbarkeit und Klimaschutz im Gleichgewicht: *"Die Unterschiede zwischen einzelnen Typen von Niedrigenergiegebäuden bis 60 kWh/m²_{BGF} sind verschwindend gering, da die höheren Wartungskosten die niedrigeren Energiekosten in Niedrigstenergiegebäuden bzw. Passivbauten kompensieren."*

Faktisch wird das Publikum des geförderten Wohnbaus über Gebühr finanziell belastet und leistet es einen vielfach nicht im Verhältnis zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten stehenden Beitrag zum Klimaschutz. Dieser Beitrag wird zudem unter Laborbedingungen errechnet - und hält der Realität Großteils nicht stand. Also handelt es sich um überbordende Kosten im Sinne eines Schein-Klimaschutzes.

Die Erhöhung der Förderung bei SMART-Wohnungen und die Streckung der Laufzeit des Landesdarlehens auf 40 Jahre sind letztlich überhöhten Baukosten geschuldet, die in der Neubauverordnung begründet sind. Die Überdehnung der Förderungsdauer wird zudem dazu führen, dass Sanierungsmaßnahmen gesetzt werden müssen - ehe die ursprüngliche Förderung ausgelaufen ist. Dies würde entsprechend der Regularien des Kostendeckungsprinzips zu einer Mehrbelastung der Bewohner führen. Hier veranschaulicht sich, dass das SMART-Wohnungs-Programm weiter ausgehöhlt wird. Es entwickelt sich ein wohnpolitischer Problemherd in der Zukunft, den seriöse Politik entschärfen müsste.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen wird aufgefordert, in der NeubauVO als alleinigen thermisch-energetischen Standard den Niedrigenergiestandard einzuführen, um die Wohnkos-

ten in Wiens gefördertem Neubau zu senken und zu einer ehrlichen Klimapolitik - die nicht länger in einer Überbeanspruchung des geförderten Wohnbaus bestehen kann - zurückzukehren.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.

Kokauer *Türkmen* *Stoff* *Zell*
MM *Wissler*
Mobil
Adler *Zemlin*

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
abgelehnt
Eing.: 25. JUNI 2019
PCAL-556394-2019-KVP/IGAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat